

Wie viel Transparenz passt zwischen Unternehmen und Verwaltung?

Hamburg hat seit Oktober ein neues Transparenzgesetz. Das soll Demokratie fördern und Vertrauen schaffen. Ob es das tut, bezweifeln vor allem Wirtschaftsvertreter. Nicht-Regierungsorganisationen sind schon jetzt begeistert. VON JANINA KALLE

Der Nebeneingang des Hamburger „Rudolf Steiner Hauses“ ist niedrig, blau, achteckig und erinnert an eine Eingangstür der „Schlumpfe“. An dem Konferenztisch im zweiten Obergeschoss passt kein Stuhl zum anderen. Die Bezüge reichen vom mintgrünen Cord bis zum schwarzem Kunstleder auf einem durchgesessenen Schreibtischstuhl. Gregor Hackmack kommt durch die helle Holztür und hat sichtlich gute Laune. Der 35-Jährige ist Vorsitzender von „Mehr Demokratie e.V.“. Sein Verein hat, gemeinsam mit der Hamburger Sektion von Transparency International Deutschland und dem Chaos Computerclub, das Hamburger „Transparenzgesetz“ initiiert. Für Gregor Hackmack ein Sieg der Demokratie: „Von nun an können sich Bürger zum Beispiel frühzeitig konstruktiv einbringen und nicht erst wenn die Bagger rollen.“ Denn schließlich müssten die Bürger auch die Bauten zahlen, die die öffentliche Hand in Auftrag gebe. „Wir sehen bei der Elbphilharmonie, wie viel Vertrauen die Politik verspielen kann, wenn alles immer teurer wird und keiner weiß warum“, sagt er. Und dass man daraus nur für andere Großprojekte etwa lernen könne, wenn diese Verträge offengelegt würden.

„Auch viele Politiker sind froh, dass es das neue Transparenzgesetz gibt, weil sie bisher auch nicht alle die Unterlagen einsehen konnten“, fügt Hackmack hinzu. Transparenz also statt Kungelei, oder

Informationsfreiheit in Europa

Europäischer Vorreiter in Sachen Transparenz ist Schweden, denn dort gibt es schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts das verfassungsrechtliche Öffentlichkeitsprinzip. Informationsfreiheitsgesetze gibt es in Europa seit den 1980er-Jahren. Das Hamburgische Transparenzgesetz ist nicht einmalig hinsichtlich Veröffentlichungspflicht und einem öffentlichen Register, das slowenische Recht kennt dies auch.

wie der Slogan der Initiative lautete: „Transparenz schafft Vertrauen“. „Wir müssen es schaffen, dass Bürger und Politiker wieder zueinander finden und das Gefühl von ‚die da oben‘ und ‚wir hier unten‘ überwunden wird.“

Der Mann mit dem jugenhaften Gesicht gerät regelrecht ins Schwärmen. Dass in einer parlamentarischen Demokratie die Bürger eigentlich ihre Macht delegieren sollen, ist für ihn kein Gegenargument. „Bürger und Abgeordnete müssten wieder ein Team bilden. In viele komplexe Abläufe können sich die Abgeordneten nicht mehr hineinfuchsen und da ist es hilfreich, wenn mit Hilfe informierter Bürger und einer Schwarm-Intelligenz das beste Ergebnis erreicht wird.“ Nicht mehr Lobbyisten sollten die Beratungshoheit haben, sondern die Wähler. Hackmack lehnt sich zurück und nippt an seinem Leitungswasser. Man sieht ihm an, dass er an das glaubt, was da Gesetz geworden ist. Unternehmen, die sauber arbeiteten, würden von nun an belohnt, schwärmt er. „Die Hansestadt und die Unternehmen werden profitieren, weil es weniger Korruption geben wird, besser durchdachte Verträge und weniger Steuerverschwendung.“

Aber was ist mit Unternehmen, die auf einmal ihre Verträge offenlegen müssen? „Nun, Geschäftsgeheimnisse sind ja geschützt“, sagt er. Wie weit das überhaupt möglich ist, kann er aber im Augenblick nicht genau absehen. Wirtschaft und Wettbewerb würden sich durch das Transparenzgesetz mit Sicherheit verändern, gibt Hackmack zu. Und er scheint sich darauf zu freuen: „Wissen Sie, am Anfang wollte man auch Preisvergleiche im Internet verbieten und mittlerweile ist es eine Selbstverständlichkeit“, sagt er zum Abschied.

Sobald man mit den beteiligten Interessensgruppen über das Gesetz spricht, ahnt man, dass es hier

Fotos: Fotolia © Vitaly Krivosheev/Aleksandr Bedim



„Am Anfang wollte man auch Preisvergleiche im Internet verbieten und mittlerweile ist es eine Selbstverständlichkeit.“

um mehr geht als nur um eine juristische Neuerung. Die Frage von Transparenz ist offenbar immer auch eine moralische Frage – eine Frage von Vertrauen und Kontrolle. Obwohl die konkreten Auswirkungen des Transparenzgesetzes noch nicht genau absehbar sind, sind die Gemüter erhitzt. Es geht um Grundsätzliches: Um die Frage, wie weit Bürger zur direkten Teilnahme an Verwaltung und Demokratie fähig sind. Und vermutlich auch um Macht.

Der ehrbare Kaufmann

Die Hamburger Handelskammer sitzt direkt hinter dem Hamburger Rathaus in einem hochherrschaftlichen, klassizistischen Bau. Auf einer der massiven Granitsäulen im Eingangsbereich wirbt der Verein ‚Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns‘ für sein Jahrestreffen – es geht dabei um „wirtschaftspolitische Fragen“, so heißt es. Die lichtdurchfluteten Arkaden im Inneren der Kammer sind mit schweren Vorhängen geschmückt. Blau-weiß sind die vorherrschenden Farben. An seinem Tisch im Obergeschoss rückt sich Dirck Süß seine neue Hornbrille zurecht. Das Modell erinnert an 60er-Jahre-Politiker. Süß kann seine Abneigung gegen das Gesetz schwer verbergen –, wenn er das überhaupt will. „Eine solche Informationsflut, wie es sie mit dem Transparenzgesetz gibt, birgt eher die Gefahr von Misstrauen, weil der Bürger gar nicht

mehr weiß, welches die wichtigen Informationen sind“, erklärt er und fügt etwas geschraubt hinzu: ob Außenstehende allein durch Einsichtnahme in so komplexe Vertragsunterlagen wie etwa denen zur Elbphilharmonie weitreichende Schlüsse ziehen könnten, sei sehr zu bezweifeln. Die Bürger sind eh zu blöd, komplexe Vorgänge zu verstehen, könnten böse Menschen das übersetzen.

Dass Transparenz Vertrauen schaffe, lässt Süß nicht gelten: „Transparenz schafft kein Vertrauen. In dem Moment, in dem ich alles weiß, ist Vertrauen überflüssig.“ Dann fügt er hinzu:

„Und Vertrauen halte ich als Grundlage zwischenmenschlicher Beziehungen für wesentlich wichtiger als vollständige Transparenz.“ Die zweite große Gefahr die er sieht, sind die Bürger selbst: Jede Bürgerinitiative könne nun alles einsehen und mit populistischen Slogans Menschen mobilisieren. „Die Bürgerinitiativen entscheiden dann über Inhalte aber ohne die Verantwortung der Finanzierung zu übernehmen“, so Süß.

Die größte Hoffnung der Befürworter schlägt Süß ebenfalls in den Wind: Dass Korruption durch Transparenz verhindert werde, sei eine Mär: „Ob zusätzliche gesetzliche Regelungen potenzielle Täter, die über entsprechende kriminelle Energie verfügen, davon abhalten, straffällig zu werden, ist ungewiss.“ Er scheint fast den Glauben an Demokratie verloren zu haben, durch dieses Gesetz, das seit Oktober in Kraft ist: „Ich finde es bemerkenswert und bedenklich, wenn eine relativ kleine Gruppe von Hamburgern – die Initiative ‚Transparenz schafft Vertrauen‘ wurde von 15.000 Hamburgern unterstützt, das sind 1,3 Prozent der Wahlberechtigten – es geschafft hat, die demokratisch legitimierte Bürgerschaft so unter Druck zu setzen, dass der Gesetzentwurf der Initiative ohne größere Änderungen einstimmig verabschiedet wurde.“

Zum Abschied weist Süß noch darauf hin, dass er seine Zitate des Interviews vor der Veröffentlichung gerne gegenlesen will. In diesem Fall ist ihm



Transparenz offenbar doch wichtiger als Vertrauen.

Der Mediator

Dass ein einfaches Gesetz solche Fronten aufbauen kann, mag Außenstehende überraschen. Aber Hamburg ist vorbereitet: Professor Johannes Caspar soll Sachverstand zwischen alle Parteien bringen. Er sitzt in einem schmucklosen Konferenzraum mit hässlichem, blauen Linoleumboden. Caspar ist Hamburgs Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit – eine Art Ombudsmann für das neue Gesetz. Ein geschickter Schachzug des Stadtstaats Hamburg: Denn der Datenschutz wird gerne als Argument gegen mehr Transparenz genutzt.

Und der Mann hat offenbar freie Hand. Als Erstes übt er nämlich ziemlich deutlich Kritik an der Hamburger Verwaltung: „Es geht auch um die Optimierung des Verwaltungshandelns mittels einer Kontrolle durch die informierte Öffentlichkeit.“ Dass es da Reibereien geben wird, hat er durchaus vor Augen: „Die Behörden müssen sich umstellen. Es kehrt sich um: Das Amtsgeheimnis und die beschränkte Akteneinsicht wird zurückgelassen und wir kommen zum Grundsatz der Transparenz. Das wird naturgemäß seine Zeit brauchen und muss in den Verwaltungen erst mal ankommen. Und auch die Unternehmen, die mit der Stadt zusammen arbeiten, müssen sich da erst mal umstellen.“

Aber dann gäbe es eben Chancen, die die Kritiker oft nicht sahen. „Für Unternehmen kann das Gesetz durchaus Vorteile haben. Denn die Transparenz kann auch zu mehr Vertrauen zu dem Unternehmen führen. Und es kann sich unter Umständen eine stärkere Verbindung der Menschen zu den Unternehmen entwickeln, wenn man den Aspekt des transparenten Handelns im Unternehmen lebt.“ Aber Transparenz bedeutet Veränderung, das betont auch Caspar: „Die Unternehmen werden ihre Strukturen so anlegen müssen, dass man den öffentlichen Dauertest besteht – und es geht ja nur um Unternehmen, die ein Stück weit öffentliche Aufgaben übernehmen, also mit Steuergeldern gezahlt werden.“ Für den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und für persönliche Daten sieht das Gesetz ausdrücklich Sonderregelungen vor. Das betont der Datenschutzbeauftragte. Wer also etwa Zulieferer sind, ist erst einmal geheim.

Das neue Transparenzgesetz wird Auslegungsfragen aufwerfen – die letztendlich erst einige Gerichtsprozesse in den nächsten Jahren klären werden. Eines ist jedoch gerade für Caspar klar, und der sonst eher trockene Mann kann sich sichtlich

ärgern, dass Gegner dem Gesetz das vorwerfen: „Wir wollen hier keine Tugendrepublik, wo es darum geht, den einen oder anderen möglichst schnell an den Pranger zu stellen. Es geht immer um ein Abwägen zwischen Transparenz und Datenschutz. Es geht nicht darum, die Steuererklärung aller ins Internet zu stellen, oder ob Sie eine Baugenehmigung für einen Behindertenaufzug bei sich im Haus haben wollen.“ Denn Transparenz brauche auch Vertrauen. Das Vertrauen darauf, dass es bei dem Transparenzgesetz um die Demokratie geht, und nicht darum, irgendjemanden an den Pranger zu stellen.

Das Gesetz

Das Hamburger Transparenzgesetz beinhaltet eine sogenannte Veröffentlichungspflicht – etwa für Statistiken, Studien, größere Bauanträge, Gutachten und Verträge zur Daseinsvorsorge (also etwa zwischen der Hansestadt und Krankenhäusern oder Bahnbetreibern). Die Veröffentlichungspflicht gilt zum Teil auch rückwirkend, also für Altverträge.

2014 soll jeder Bürger – dank einer unkomplizierten Software – in den Verwaltungsunterlagen des Stadtstaats recherchieren können. Praktisch könnte das so aussehen: Unternehmen und Einzelpersonen können sich per App informieren lassen, etwa wenn größere Baugenehmigungs- oder -vorbescheide in ihrer Umgebung erteilt werden. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz wurden bisher Unterlagen nur auf Anfrage übermittelt.

Am 6.10.2012 ist das Transparenzgesetz in Kraft getreten, nachdem es alle Parteien im Senat unterstützt hatten. Betroffene Verträge sind in Zukunft so zu schließen, dass sie frühestens einen Monat nach Veröffentlichung wirksam werden und die Behörde innerhalb dieser Frist vom Vertrag zurücktreten kann. Ausgenommen von der Veröffentlichung sind persönliche Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

Beobachter sagen, dass es kein Zufall sei, dass dieses Gesetz in Hamburg verabschiedet wurde: Der Stadtstaat hat eine lange Tradition von Volksentscheiden und ein mitunter sehr engagiertes Bürgertum. Der Bau der Elbphilharmonie könnte ebenfalls eine treibende Kraft gewesen sein. Als preiswerte Kultureinrichtung geplant, kostet sie den Hamburger Steuerzahler im Augenblick über 500 Millionen Euro. Hochtief hat zeitgleich zu der Recherche zu diesem Artikel die Verträge offengelegt. □

Hier erfahren Sie mehr zu den Transparenzgesetzen in den Bundesländern:
http://www.link.csr-news.net/9_Transparenz

„Für Unternehmen kann das Gesetz durchaus Vorteile haben. Denn die Transparenz kann auch zu mehr Vertrauen zu dem Unternehmen führen.“



Janina Kalle

› ist freie Fernsehjournalistin sowie TI Deutschland-Mitglied und lebt in Hamburg.

janina.kalle@csr-magazin.net